

Information zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) im Stadtplanungsamt der Stadt Biberach an der Riß

Das Stadtplanungsamt verarbeitet im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung neben unternehmensbezogenen auch personenbezogene Daten. Mit diesem Datenschutzhinweis möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren.

1. Ansprechpartner zur Datenverarbeitung

Verantwortlicher der Datenverarbeitung
Stadt Biberach an der Riß vertreten durch
Herrn Oberbürgermeister Norbert Zeidler
Marktplatz 7/1
88400 Biberach

Datenschutzbeauftragte

Frau Renate Werner
Zeppelinring 50
88400 Biberach
☎ 07351 51-303

✉ datenschutz@biberach-riss.de

Stadtplanungsamt

Herr Roman Adler
Museumstraße 2
88400 Biberach
☎ 07351 51-290

2. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Bauplanungsrechtliche und bauordnungsrechtliche Bestimmungen, z.B. BauGB und Landesbauordnung, Bundesdatenschutzgesetz, Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg, Art. 6 Abs. 1 lit. a, b, c, e, f DSGVO.

3. Zweck der Datenverarbeitung

Die erhobenen personenbezogenen Daten werden zur Erfüllung der Aufgaben des Stadtplanungsamtes verwendet.

4. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Wir erheben, verarbeiten und nutzen die Daten, die Sie uns übermitteln, insbesondere Vor- und Nachname, Titel, Adresse, Kontaktdaten (Telefon, Fax, Handynummer, E-Mail), Baugrundstück, Flurstück und Gemarkung. Die Datenerhebung darüber hinaus erfolgt nur, sofern wir dazu rechtlich verpflichtet sind, die Erhebung zur Erfüllung der Aufgaben des Stadtplanungsamtes erforderlich ist oder Sie eingewilligt haben.

5. Wie werden diese Daten verarbeitet?

Personenbezogene Daten werden im Rahmen der Aufgabenerfüllung dokumentiert und EDV gestützt verarbeitet und sofern erforderlich den Akten beigelegt.

6. Weitergabe personenbezogener Daten

Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben. Daten werden verwaltungsintern anderen Ämtern als Erfüllungshilfe für die eigene Aufgabenerfüllung weitergegeben z. B. an das Bauverwaltungsamt, das Tiefbauamt, das Ordnungsamt und die Stadtkasse.

Die Weitergabe von Daten an externe Stellen und Fachbehörden z.B. e.wa-riss Netze, Landwirtschaftsamt, Gewerbe- und Immissionschutz, Umwelt- und Arbeitsschutz, Gesundheitsamt, Naturschutzbehörde, Wasserwirtschaftsamt, Denkmalpflege, höhere Denkmalschutzbehörde, Leitungsträger, Energieversorger, erfolgt nur, sofern es für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

7. Wie lange werden personenbezogene Daten verarbeitet?

Die Verarbeitung und Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt solange, wie diese für die ordnungsmäßige Aufgabenerfüllung notwendig sind. Ansonsten halten wir uns an die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen.

8. Welche Rechte haben betroffene Personen?

Sie haben nach der DSGVO verschiedene Rechte. Nähere Informationen ergeben sich insbesondere aus Art. 15 bis 18 und 21 DSGVO. In einigen Fällen gilt, dass das Recht nicht in Anspruch genommen werden kann oder darf. Sofern dies gesetzlich unzulässig ist, teilen wir Ihnen den Grund für die Verweigerung mit.

Recht auf Auskunft

Es besteht ein Recht auf Auskunft der von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten.

Recht auf Berichtigung

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die personenbezogenen Daten der betroffenen Person nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten kann – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung – eine Vervollständigung verlangt werden.

Recht auf Löschung

Die betroffene Person kann die Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Der Anspruch hängt jedoch u. a. davon ab, ob die Daten noch zur Erfüllung der Aufgaben benötigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

Recht auf Widerspruch

Soweit die personenbezogenen Daten der Betroffenen auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO verarbeitet werden, hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht. Ebenso kann entgegenstehen, wenn die Verarbeitung für die Durchführung der ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung oder die Abwicklung des Vertrages weiterhin erforderlich ist.

Recht auf Widerruf

Jede betroffene Person hat das Recht, sofern personenbezogene Daten auf der Grundlage einer Einwilligung verarbeitet werden, diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt von dem Widerruf unberührt.

Recht auf Beschwerde

Jede betroffene Person kann sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden, wenn sie der Auffassung ist, dass die Auskunft gebende Stelle ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist.

Landesbeauftragter für Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW)

Königsstraße 10 a

70173 Stuttgart

Telefon: 0711 615541-0

Telefax: 0711 615541-15

E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

<https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de>